Jugendhilfe auf Sparkurs! Was nun?

Der Sozialstaat gerät aktuell unter Druck. Die Kommunen stehen finanziell am Limit. Einsparungen und Leistungskürzungen werden geplant. Die Jugendhilfe wird davon nicht ausgenommen, sie wird sogar als Kostentreiber gesehen. Strukturelle Eingriffe sind zu erwarten. Das Thema des mittlerweile sechsten Vortrages im Rahmen der Reihe „Das was bewegt“ des Verein KoBera (Kinder- und Jugendhilfe Konfliktberatung) lautete also folgerichtig „Jugendhilfe auf Sparkurs! Was nun?“

Zahlreiche Zuhörende aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe waren gekommen. Referent in der Schünemann‘schen Mühle war Björn Redmann, Geschäftsführer des Kinder- und Jugendhilferechtsverein e.V. und Vorsitzender des Bundesnetzwerk Ombudschaft. Sowohl in seinem Impulsreferat als auch in der intensiven Diskussion anschließend wurden viele Anregungen, Bedürfnisse und Forderungen aus der Jugendhilfe an die Politik formuliert.

„Ja, die Jugendhilfe kostet Geld, sogar viel Geld“, unterstrich Redmann. Fügt aber auch gleich ein ‚Aber‘ hinzu. Die Aufwendungen für die Jugendhilfe entsprächen 5% des Sozialbudgets. „Man könnte auch sagen, die Kinder- und Jugendhilfe ist erfolgreich. Aber es wird negativ kommuniziert.“ In der Jugendhilfe arbeiteten mehr Menschen, als in der Automobilindustrie. „Das ist eine Erfolgsgeschichte.“

Die Probleme der Kommunen würden nicht durch Einsparungen in der Kinder- und Jugendhilfe gelöst, so der Referent. Er regte einen kommunalen Finanzausgleich an. „Wir sind die, die die Rechtsansprüche junger Menschen und ihrer Familien zu verteidigen haben. Wir brauchen viel mehr Jugendhilfeplanung.“ Jugendämter seien aufgefordert, über Qualitätssicherungsgespräche zu steuern: „Rechte von Kindern und Jugendlichen werden immer noch in einem Teil der Einrichtungen mit Füßen getreten. Hier müssen die Jugendämter vor Ort aktiv werden und nicht schweigen aus Angst, Plätze bei den örtlichen Trägern zu verlieren.“

Redmann forderte: „Für die schwierigen Fälle in der Kinder- und Jugendhilfe, die uns richtig viel Geld kosten, brauchen wir keine geschlossene Unterbringung, sondern Koordinierungsstellen, die die Träger in Verantwortung nehmen und gemeinsam kreative und flexible Lösungen aufbauen.“ Eine weitere Forderung von Björn Redmann: „Wir brauchen die Zurückdrängung der Rolle der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. In einigen Jugendämtern sind das noch immer die wesentlichen Stellen, die entscheiden, was passiert. Das sind dort aber Menschen, die für eine sozialpädagogische Entscheidungsfindung gar nicht ausgebildet sind.“ Und weiter: „Wir brauchen Investitionen, wir brauchen handlungssichere Strukturen und wir brauchen Kinder- und Jugendhilfe als verlässliche Struktur bundesweit. Der öffentliche Träger könnte sogar, wenn er mehr steuern wollen würde mehr eigene Einrichtungen und Dienste aufbauen.“ Kinder- und Jugendhilfe sei das Gesicht eines demokratischen Rechtsstaates und die Arbeit von Ombudsstellen trage eindeutig zur Demokratisierung der Gesellschaft bei. Außerdem müssten bei allen Prozessen einer Reformdiskussionen eine Selbstvertretung der Jugendlichen und ihrer Eltern eingebunden werden: „Die wissen doch am besten was sich verändern muss.“

Auch in der Diskussion kamen von Seiten der Zuhörenden Anregungen und Forderungen, beispielsweise Schulbegleitungen als festen Pool in die Kollegien zu integrieren. Schüler würden so weniger stigmatisiert. Kosten für Schulbegleitungen gehörten nicht in die Jugendhilfe, sondern in den Bildungsbereich.

Kritisiert wurde ebenfalls, dass gerade in den ländlichen Kommunen sozialräumliche und niedrigschwellige Angebote, Jugendtreffs beispielsweise, nicht vorhanden seien oder abgebaut werden. Das spare nur vordergründig finanzielle Mittel, schaffe langfristig große Kostenfaktoren.

„Personal ist das Teuerste, da wird gespart, traurig. Man fängt am falschen Ende an“, so einer der anwesenden Jugendhilfe-Mitarbeiter. Es könne viel gespart werden, bei Brandschutzgutachten, Stellungnahmen für Zufahrten und bei sich immer mehr aufblähender Bürokratie, meinte eine Mitarbeitende in der Jugendhilfe.

Eine Reform der Jugendhilfe führe zu mehr Ausgaben, weil kostenintensive Ursachen nicht minimiert würden, so die einhellige Meinung. Es ginge immer ums Sparen, es werde aber versäumt hinzugucken, was gesellschaftlich gebraucht werde. „Die Kosten in der Jugendhilfe entstehen nicht durch die Jugendhilfe selber, sondern im Wesentlichen durch die Frage, wie wir unser Zusammenleben in der Gesellschaft organisieren."

Simone Querfurth, Vorstandsvorsitzende von KoBera e.V., merkte an, erst im Juni seien auf einen Schlag 60 der stationären suchttherapeutischen Plätze in Niedersachsen weggefallen, da u.a. die Rentenkasse sie nicht mehr finanzierten. Es seien in Niedersachsen also derzeit nur noch 25 Plätze vorhanden. „Ich habe hoch verzweifelte Mütter und Väter am Telefon" so Querfurth. „Aber die Jugendämter können nichts tun, da weiter keine zusätzlichen Plätze zu Verfügung stehen".

Es müsse begriffen werden, dass derzeit ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess stattfinde, so Simone Querfurth zum Ende der Veranstaltung: „Viele Familien sind nach unseren Erfahrungen dermaßen belastet, dass sie mit ihren eigenen Ressourcen nicht mehr hinkommen." Das Leben in unserer Gesellschaft werde immer komplizierter und stelle für viele Menschen eine Überforderung dar. „Dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen." Zudem würde oft unterstellt, dass Hilfen in Anspruch genommen würden, obwohl sie nicht notwendig seien.